



31. Aug. 1992

Schweizerische Vertretung in den Gremien von IWF und Weltbank / Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und der Schweizerischen Nationalbank über die Durchführung der Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds

Aufgrund des Antrages des EFD vom 28. August 1992
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. In Bestätigung des bundesrätlichen Entscheids vom 26.8.1992
 - wird als Gouverneur im *IWF* der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank ernannt. Stellvertretender Gouverneur ist der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes.
 - wird zum Gouverneur in der *Weltbank* der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes bestimmt. Stellvertretender Gouverneur in der *Weltbank* ist der Vorsteher des Eidg. Departementes für Auswärtige Angelegenheiten.
2. Die schweizerische Delegation an den Jahresversammlungen der Bretton Woods-Institutionen wird von einem Bundesrat geleitet. Dieser gibt die Erklärung im Namen der Schweiz ab.
3. Die Delegation für die Jahresversammlung vom September 1992 wird von Bundesrat Otto Stich geleitet. Er wird für den Zeitraum der Jahrestagung zum Stv. Gouverneur in der *Weltbank* ernannt.
4. Bei einer zukünftigen Vertretung der Schweiz in den Exekutivräten von *IWF* und *Weltbank* nimmt der Vorsteher des EFD Einsitz im Interimsausschuss. Der Vertreter im Entwicklungsausschuss wird von Fall zu Fall durch den Bundesrat bestimmt.
5. Für die diesjährige Jahrestagung wird als Beobachter der Schweiz im Interimsausschuss des *IWF* Herr Markus Lusser, Präsident des Direktoriums der



Schweizerischen Nationalbank, bestimmt. Staatssekretär Franz Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, vertritt die Schweiz in der Funktion eines Beobachters im Entwicklungsausschuss.

Für getreuen Protokollauszug:

Muscello Mühli

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	-
	X	EDI	5	-
	X	EJPD	5	-
	X	EMD	5	-
X		EFD	7	-
X		EVD	5	-
	X	EVED	5	-
	X	BK	4	-
		EFK		
		Fin.Del.		



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 28. August 1992

An den Bundesrat

Schweizerische Vertretung in den Gremien von IWF und Weltbank / Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und der Schweizerischen Nationalbank über die Durchführung der Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds (972.39)

1. Vertretung in den Gouverneursräten von IWF und Weltbank

Die Schweiz ist am 29. Mai 1992 den Bretton Woods-Institutionen beigetreten. Als Mitglied erhält sie das Recht, in den Gouverneursräten beider Organisationen vertreten zu sein. Jedes Mitgliedland kann in diese höchsten Gremien des IWF und der Weltbank je einen Gouverneur und einen Stellvertretenden Gouverneur entsenden. Aufgrund der Diskussionen im Bundesrat und des Vorentscheids vom 26.8.1992 beantragen wir Ihnen die Bestätigung der folgenden Vertretungslösung:

Zum Gouverneur im *IWF* wird der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank ernannt. Stellvertretender Gouverneur ist der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes.

Als Gouverneur in der *Weltbank* wird der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes bestimmt. Stellvertretender Gouverneur in der Weltbank ist der Vorsteher des Eidg. Departementes für Auswärtige Angelegenheiten.

2. Vertretung im Interimsausschuss des IWF und im gemeinsamen Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank

Während im Interimsausschuss des IWF insbesondere Fragen der Funktionsweise des internationalen Währungssystems beraten werden, beschäftigt sich

der gemeinsame Entwicklungsausschuss von IWF und Weltbank mit den spezifischen Problemen der ärmeren Mitgliedsländer. Einsitz in diese beiden beratenden Komitees können Staaten bzw. Ländergruppen nehmen, die auch in den Exekutivräten vertreten sind.

Weil die Wahlen in die Exekutivräte an der kommenden Jahresversammlung erst nach den Sitzungen des Interims- und des Entwicklungsausschusses stattfinden, wird die Schweiz in beiden Ausschüssen wie bisher als Beobachter vertreten sein. Es ist vorgesehen, die Beobachterfunktion usanzgemäss durch den Präsidenten des Direktoriums der SNB im Interimsausschuss und durch Staatssekretär Blankart im Entwicklungsausschuss wahrnehmen zu lassen.

Falls die Schweiz künftig in den beiden Exekutivräten vertreten sein wird, ist vorgesehen, dass der Vorsteher des EFD Einsitz in das Interimskomitee nimmt. Die Vertretung im Entwicklungsausschuss wäre vom Bundesrat von Fall zu Fall zu entscheiden.

3. Delegationsleitung an den Jahresversammlungen von IWF und Weltbank

Nach Absprache mit den Vorstehern des EVD und des EDA soll jeweils ein Mitglied der Landesregierung - in der Regel der Chef des Finanzdepartementes - die schweizerische Delegation an den Jahresversammlungen der Bretton Woods-Institutionen leiten. Der Delegationsleiter gibt die Erklärung im Namen der Schweiz ab.

Die diesjährige Delegation soll von Bundesrat Stich geleitet werden. Da die Bundesräte Delamuraz und Felber an der Jahresversammlung nicht teilnehmen werden, ist der Unterzeichnete als zeitlich befristeter Stv. Gouverneur für die Weltbank zu ernennen.

4. Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und der Schweizerischen Nationalbank über die Durchführung der Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds

Gestützt auf Art. 4 des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1991 über die Mitwirkung der Schweiz an den Institutionen von Bretton Woods schliessen der Bundesrat und die SNB eine Vereinbarung ab, in welcher die Zusammenarbeit der beiden Behörden bei der Durchführung der Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds geregelt wird. Diese Vereinbarung wird dem Bundesrat in einer der nächsten Sitzungen zum Entscheid vorgelegt.

5. Antrag

Wir beantragen Ihnen, aufgrund der vorangehenden Ausführungen dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT



Stich

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussesdispositivs

Zum Mitbericht an:

- EDA
- EVD

Protokollauszug:

- EFD 13 (GS 7, WWT 3, SNB-ZH 2, SNB-BE 1)
- EDA 5 (GS 3, DEH 2)
- EJPD
- EVD 5 (GS 3, BAWI 2)

Schweizerische Vertretung in den Gremien von IWF und Weltbank / Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und der Schweizerischen Nationalbank über die Durchführung der Mitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds

Aufgrund des Antrages des EFD vom 28. August 1992
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. In Bestätigung des bundesrätlichen Entscheids vom 26.8.1992
 - wird als Gouverneur im *IWF* der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank ernannt. Stellvertretender Gouverneur ist der Vorsteher des Eidg. Finanzdepartementes.
 - wird zum Gouverneur in der *Weltbank* der Vorsteher des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes bestimmt. Stellvertretender Gouverneur in der Weltbank ist der Vorsteher des Eidg. Departementes für Auswärtige Angelegenheiten.
2. Die schweizerische Delegation an den Jahresversammlungen der Bretton Woods-Institutionen wird von einem Bundesrat geleitet. Dieser gibt die Erklärung im Namen der Schweiz ab.
3. Die Delegation für die Jahresversammlung vom September 1992 wird von Bundesrat Otto Stich geleitet. Er wird für den Zeitraum der Jahrestagung zum Stv. Gouverneur in der Weltbank ernannt.
4. Bei einer zukünftigen Vertretung der Schweiz in den Exekutivräten von IWF und Weltbank nimmt der Vorsteher des EFD Einsitz im Interimsausschuss. Der Vertreter im Entwicklungsausschuss wird von Fall zu Fall durch den Bundesrat bestimmt.
5. Für die diesjährige Jahrestagung wird als Beobachter der Schweiz im Interimsausschuss des IWF Herr Markus Lusser, Präsident des Direktoriums der

Schweizerischen Nationalbank, bestimmt. Staatssekretär Franz Blankart, Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, vertritt die Schweiz in der Funktion eines Beobachters im Entwicklungsausschuss.

Für getreuen Protokollauszug:



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 26. Mai 1992

An den Bundesrat

AUSSPRACHEPAPIER

**Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods
 Vertretung im Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds**

1. Aufgrund des Antrags des EFD vom 19. Mai 1992 hat der Bundesrat das weitere Vorgehen im Beitrittsverfahren zu den Bretton Woods-Institutionen genehmigt. Es ging dabei um die Unterzeichnung der Abkommen in Washington durch den Vorsteher des EFD und die Kenntnisnahme der notwendigen schweizerischen Erklärungen (Notifikationen). Was die Erklärungen bezüglich der schweizerischen Vertretung in den Gouverneursräten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank betrifft, wurde darauf hingewiesen (Punkt 3), dass ein separater Antrag folgen werde.
2. In der Zwischenzeit haben Kontakte zwischen dem Präsidenten der SNB und dem Unterzeichneten über die Ernennung des Gouverneurs und seines Stellvertreters im IWF stattgefunden. Dabei konnte keine einvernehmliche Lösung erzielt werden. Das vorliegende Aussprachepapier dient als Grundlage für eine Diskussion im Bundesrat, der auch Präsident Lusser beiwohnen wird. Was die Nominierung des Gouverneurs und seines Stellvertreters in der Bank für Wiederaufbau und Entwicklung betrifft, so werden das EVD und das EDA einen separaten Antrag stellen bzw. mündlich orientieren..
3. Für den IWF beantragen wir Ihnen, Herrn Bundesrat Otto Stich, Vorsteher des Eidg. Finanzdepartements, zum Gouverneur und Herrn Markus Lusser, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, zu seinem Stellverteter ernennen.

Beim IWF handelt es sich um eine Organisation von Staaten, die im Gouverneursrat in ihrer überwiegenden Mehrzahl durch die Finanzminister vertreten sind. Dies im Unterschied zur Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), bei der es sich um eine Organisation von Notenbanken handelt.

- 2 -

Der Gouverneursrat trifft die Grundsatzentscheide für den IWF (u.a. Statuten- und Quotenrevisionen, Aufnahme von neuen Mitgliedern), die weit über den geld- und währungspolitischen Aufgabenbereich einer Notenbank hinausgehen.

Aber auch aus innenpolitischen Gründen ist es wichtig, dass die Vertretung im obersten Organ des IWF durch ein Regierungsmitglied wahrgenommen wird. Denn der Bundesrat und die eidg. Räte haben sich in Art. 6 des Bundesgesetzes auf entwicklungspolitische Leitplanken verpflichtet, die bei einer Mitgliedschaft beim IWF zu berücksichtigen sind.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT



Stich

Beilagen:

- Gouverneure und Exekutivdirektoren der G-10-Länder in IWF und Weltbank
- Vertreter der G-10-Länder im Interims- und im Entwicklungskomitee

EIDG. FINANZVERWALTUNG

Sektion Währung

972.39 Zu/zugouver.doc

Bern, 26. Mai 1992

Aktennotiz**Gouverneure und Exekutivrate der G-10-Lander im
IMF und der Weltbank**

	IMF		WB	
	Gouv	ED	Gouv	ED
USA	N. F. Brady <i>Fin</i> A. Greenspan <i>ZB</i>	T. C. Dawson <i>Pol/Fin</i> Q. M. Krosby <i>Pol</i>	N. F. Brady <i>Fin</i> Zoellick <i>State Dep</i>	E. P. Coady <i>Pol/Fin</i> M. T. Cox <i>Fin/Pol</i>
GB	N. Lamont <i>Fin</i> A. D. Crockett <i>ZB</i>	D. Peretz <i>Fin</i> P. Wright <i>ZB</i>	R. Leight-Pemberton <i>ZB</i> T. Lankester <i>ODA</i>	D. Peretz <i>Fin</i> R. Graham-ODA Harrison
D	H. Schlesinger <i>ZB</i> T. Waigel <i>Fin</i>	B. Goos <i>ZB</i> B. Esdar <i>Fin</i>	C. D. Spranger <i>WiZu</i> H. Koehler <i>Fin</i>	F. Fischer <i>WiZu</i> H. Rehm (<i>WiZu?</i>)
F	M. Sapin <i>Fin</i> J.-C. Trichet <i>Fin</i>	J.-P. Landau <i>Fin</i> I. Martell <i>Fin</i>	J. de Larosiere <i>ZB</i> J.-C. Trichet <i>Fin</i>	J.-P. Landau <i>Fin</i> P. de Fontai- ne-Vive <i>Fin</i>
J	T. Hata <i>Fin</i> Y. Mieno <i>ZB</i>	H. Fukui <i>Fin</i> N. Tabata <i>ZB</i>	R. Hashimoto <i>Fin</i> Y. Mieno <i>ZB</i>	M. Shiratori <i>Fin</i> vakant
Bel	A. Verplaetse <i>ZB</i> G. Brouhns <i>Fin</i>	J. de Grootte <i>ZB</i> J. Prader (<i>Oe</i>) <i>ZB</i>	P. Maystadt <i>Fin</i> A. Verplaetse <i>ZB</i>	Snoy <i>Fin</i> W. Rill (<i>Oe</i>) <i>Fin</i>
S	B. Dennis <i>ZB</i> G. Lunnar <i>Fin</i>		A. Larsson (??) L. Hjelm-Wallen (??)	
Can	D. Manzankowski <i>Fin</i> vacant	C:S: Clark (??)	D. Manzankowski <i>Fin</i> M. Masse (??)	F. Potter (??)

Fin: Finanzmin.
Treas: Treasury
ZB: Zentralbank
Pol: politische Ernennung (USA)
Dev: Entwicklungszusammenarbeit
Per: Personality

WiZu: Wirtschaftliche Zusammenarbeit
ODA: Overseas Development Agency

- 2 -

I	G. Carli Treas L. Dini ZB	R. Filosa ZB N. Kyriazidis (GR) Per	C. A. Ciampi ZB M. Draghi Treas	R. Bonavoglia ZB F. S. Carneiro (P) Per
NL	W. F. Duisenberg ZB C. Maas Fin	G. A. Posthumus ZB Z. Trbojevic (Jug) Fin	W. Kok Fin J. P. Pronk Dev	E. Herfkens Dev B. Skapin (Jug) Fin

Pro Memoria

Oe	M. Schaumayer ZB T. Lachs ZB	F. Lacina Fin O. Haushofer Fin
-----------	---------------------------------	-----------------------------------

EIDG. FINANZVERWALTUNG
 Sektion Währung
 972.39 KI/klkomite.doc

Bern, 26. Mai 1992

A k t e n n o t i z

Vertreter der G-10-Länder im Interims- und im Entwicklungskomitee (Stand Herbsttagung 1991)

	Interimskomitee	Entwicklungskomitee
USA	N. F. Brady Fin	N. F. Brady Fin
GB	N. Lamont Fin	N. Lamont Fin
D	T. Waigel Fin	C.-D. Spranger WiZu
F	P. Bérégovoy Fin	P. Bérégovoy Fin
J	R. Hashimoto Fin	R. Hashimoto Fin
Bel	P. Maystadt Fin	P. Maystadt Fin
I	G. Carli Treas	G. Carli Treas
NL	W. Kok Fin	W. Kok Fin
Can	D. Manzankowski Fin	D. Manzankowski Fin
S	A. Wibble Fin	R. Kullberg (?) (Finnland)

Fin: Finanzministerium

Treas: Treasury

WiZu: Wirtschaftliche Zusammenarbeit



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, 5. Juni 1992

An den Bundesrat

Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods

Mitbericht

zum Aussprachepapier des EFD vom 26. Mai 1992
und des EVD vom 27. Mai 1992

1. Wir beantragen, die Beschlussfassung über das Geschäft zu verschieben.

Begründung: Der Unterzeichnete kann an der Bundesratssitzung vom 9. Juni 1992 infolge Teilnahme an der Europäischen Justizministerkonferenz nicht teilnehmen.

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

Bern, 5. Juni 1992

Vertraulich
grün

An die Mitglieder
des Bundesrates

Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods
Vertretung im Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds

In Ergänzung zu unserem Aussprachepapier vom 26. Mai 1992 sende ich
Ihnen die Stellungnahme der Schweizerischen Nationalbank vom 4. Juni
1992.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

O. Stich

Beilage erwähnt

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK
BANQUE NATIONALE SUISSE

Zürich/Bern, 4. Juni 1992

DIREKTORIUM
DIRECTION GÉNÉRALE

Herrn Bundesrat Otto Stich
Vorsteher des
Eidgenössischen Finanzdepartements
zHd. des Bundesrates
3003 Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Dem Wunsche des Bundesrates entsprechend nehmen wir Stellung zur Frage der Vertretung der Schweiz bei den Institutionen von Bretton Woods. Aus naheliegenden Gründen beschränken wir uns an dieser Stelle auf die Positionen des Vertreters und des Stellvertreters im Rat der Gouverneure des Internationalen Währungsfonds. Wir ersuchen Sie, der Landesregierung unsere Stellungnahme wie folgt zu übermitteln:

Hauptziel des Internationalen Währungsfonds ist die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Währungspolitik. Dieser Auftrag und die Art und Weise, wie er in den vergangenen Jahren erfüllt wurde, haben den Internationalen Währungsfonds zur weltweit führenden Institution im Bereiche der Währungspolitik gemacht.

In unserem Lande ist die Schweizerische Nationalbank Trägerin der Geld- und Währungspolitik. Sie erfüllt ihren verfassungsmässigen Auftrag im Einvernehmen mit dem Bundesrat.

Auf Grund dieser Lage der Dinge erscheint es uns als sachlich richtig, dass der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank die Schweiz im Rat der Gouverneure des Internationalen Währungsfonds vertritt. Als sein Stellvertreter wäre ein Vertreter des Eidgenössischen Finanzdepartementes zu bezeichnen.

Wir haben diese Lösung bereits in unserem Entwurf für eine Vereinbarung gemäss Artikel 4, Absatz 1, des Bundesgesetzes über die Mitwirkung der Schweiz

an den Institutionen von Bretton Woods vom 23.8.91 vorgeschlagen. Der Gegenentwurf des Eidgenössischen Finanzdepartementes vom 30.4.92, der die Grundlage für die laufenden Verhandlungen bildet, enthält in diesem Punkte den gleichen Vorschlag.

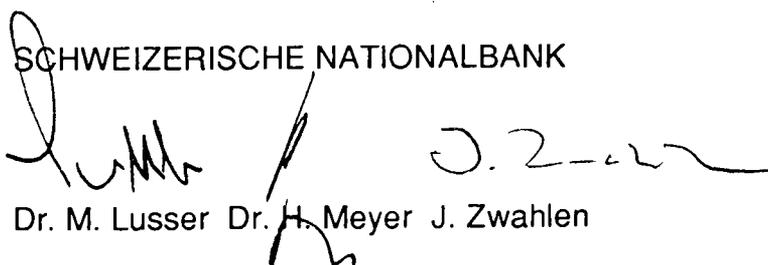
Mit Erstaunen haben wir deshalb vom Antrag an den Bundesrat Kenntnis genommen, den Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartementes zum Gouverneur und den Präsidenten des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank zu seinem Stellvertreter zu ernennen.

Nach unserer Ueberzeugung liegt eine solche Lösung nicht im wohlverstandenen Interesse unseres Landes. Sie beeinträchtigt die traditionelle Stellung der im Rahmen von Verfassung und Gesetz unabhängigen Nationalbank in einer der Sache nicht dienlichen Weise. In dieser Auffassung bestärken uns nicht zuletzt die in vergleichbaren europäischen Ländern - Deutschland, Belgien, den Niederlanden sowie allen EFTA-Ländern - getroffenen Regelungen.

Artikel 4, Absatz 2, des erwähnten Bundesgesetzes sieht vor, dass der Bundesrat die schweizerischen Vertreter beim Internationalen Währungsfonds im Einvernehmen mit der Schweizerischen Nationalbank bezeichnet. Wir ersuchen deshalb den Bundesrat, uns Gelegenheit zu geben, die zur Diskussion stehende Frage mit seiner Delegation für allgemeine Wirtschaftspolitik zu besprechen. Die nächste gemeinsame Aussprache ist bereits für den 22. Juni vorgesehen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK



Dr. M. Lusser Dr. H. Meyer J. Zwahlen

Geht z.K. an die Mitglieder der Delegation
für allgemeine Wirtschaftspolitik
Herrn Bundesrat J.-P. Delamuraz
Herrn Bundesrat A. Koller



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

3003 Berne, le 4 juin 1992

Note de discussion

Au Conseil fédéral

Loi fédérale du 4 octobre 1991 concernant la participation de la Suisse aux institutions de Bretton Woods.

Etude sur la notion "en accord" ("im Einvernehmen") de l'article 4, 2e alinéa, de la loi

1. Notion "en accord" ("im Einvernehmen", "d'intesa")

Selon les termes de la loi, le Conseil fédéral désigne les représentants de la Suisse au Fonds monétaire international en accord avec la Banque nationale. Au contraire d'expressions telles que "après avoir pris l'avis", "après avoir consulté", le terme en question indique clairement, dans les trois langues, que la Banque nationale doit nécessairement donner son consentement pour la désignation des représentants de la Suisse. Selon son acception courante, ce terme ne peut être raisonnablement compris d'une autre manière. Faute d'accord de volontés entre les deux parties, la désignation ne peut avoir lieu. Jusqu'à ce qu'un commun accord ait été trouvé sur un représentant, l'application de la règle est ainsi paralysée.

2. Lacune de la loi

La loi ne prévoit aucune disposition permettant de trancher les cas où l'entente ne pourrait être trouvée.

La question se pose dès lors de savoir s'il s'agit d'un *silence qualifié* (*lacune impropre* ["*unechte Lücke*"]) du législateur, soit d'une omission répondant à son intention, ou d'une *pure lacune* ("*echte Lücke*"). Une lacune voulue est en réalité une norme négative, à laquelle l'organe d'exécution doit se soumettre sans pouvoir suppléer au manque de règle. En revanche, un texte est entaché d'une pure lacune lorsqu'il ne répond pas à une question dont son application nécessite inévitablement une solution.

Le message relatif à l'adhésion de la Suisse aux institutions de Bretton Woods ne donne aucun commentaire de l'article 4 de la loi en question. En outre, lors des débats aux Chambres, cet article n'a soulevé aucune discussion et a été adopté tel qu'il figurait dans le projet du Conseil fédéral. Or, il n'apparaît pas que, pour la désignation des représentants de la Suisse au Fonds

monétaire international, l'intention du législateur allait jusqu'à renoncer, le cas échéant, à désigner un ou des représentants, faute d'accord avec la Banque nationale. Une telle situation irait à l'encontre des intérêts de la Suisse en l'espèce et serait tout à fait insatisfaisante. Du point de vue du droit positif, une solution semble devoir s'imposer de manière pressante dans les cas où aucun accord avec la Banque nationale ne peut être obtenu.

Comme en droit civil, l'autorité doit remédier, en droit administratif, aux pures lacunes, selon la règle générale de l'article 1er, 2e alinéa, du code civil, selon laquelle à défaut d'une disposition légale applicable le juge prononce selon le droit coutumier ou selon les règles qu'il établirait s'il avait à faire acte de législateur (voir Grisel, Traité de droit administratif, édition 1984, page 127).

3. Solution envisageable

Comme aucune instance supérieure au Conseil fédéral ne serait à même de décider en cas de conflit entre celui-ci et la Banque nationale, il conviendrait que le Conseil fédéral délègue au Département fédéral des finances la désignation des représentants en question qui se ferait en accord avec la Banque nationale. Dans les cas où ces deux instances ne pourraient trouver un accord, il appartiendrait au Conseil fédéral de décider impérativement, sur proposition du DFF et après avoir entendu un représentant de la direction de la Banque nationale.

Une telle disposition pourrait figurer dans une ordonnance du Conseil fédéral réglant l'application de l'article 4, 2e alinéa, de la loi.

A défaut d'ordonnance, cette question pourrait aussi, le cas échéant, faire l'objet d'une convention entre le Conseil fédéral et la Banque nationale sur l'exécution de la disposition en question de la loi. Une telle convention serait analogue au projet du DFF concernant les modalités d'application de l'article 4, 1er alinéa, de la loi, laquelle prévoit expressément dans ce cas la conclusion d'une convention entre le Conseil fédéral et la Banque nationale. A ce sujet, il convient de relever que le DFF prévoit dans son projet, en cas de positions différentes entre le DFF et la Banque nationale, une solution identique à celle mentionnée ci-dessus.

CHANCELLERIE FEDERALE
Le Chancelier de la Confédération

F. Couchepin





EIDGENÖSSISCHES VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'ÉCONOMIE PUBLIQUE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'ECONOMIA PUBBLICA
 DEPARTAMENT FEDERAL DA L'ECONOMIA PUBLICA

Berne, le 27 mai 1992

Au Conseil fédéral

Représentation de la Suisse dans les Conseils des Gouverneurs du Groupe de la Banque mondiale

Les compétences en ce qui concerne le groupe de la Banque mondiale sont réglées par la loi du 19 mars 1976 sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales et l'ordonnance y afférent du 12 décembre 1977. Les principes de cette loi et de l'ordonnance sont confirmés.

L'OFAEE et la DDA ont la responsabilité commune pour la politique suisse à l'égard de la Banque mondiale.

Conformément à l'annexe de cette ordonnance l'OFAEE est responsable pour la coordination des activités et est "federführend" sur le plan extérieur. La DDA est responsable pour la coordination au niveau interne en particulier en ce qui concerne les messages au Parlement et les budgets.

Il est d'usage que le pays membre des Institutions de Bretton Woods fasse connaître à la Banque ses représentants au Conseil des Gouverneurs au moment de la signature des actes d'adhésion. En tenant compte de la répartition des compétences susmentionnées, nous vous proposons la responsabilité suivante de la Suisse pour le Conseil des Gouverneurs de la Banque mondiale, de l'Agence internationale de développement (IDA) et de la Société financière internationale (IFC).

Gouverneur pour la Suisse: M. le Conseil fédéral J.-P. Delamuraz

Gouverneur suppléant pour la Suisse: M. l'Ambassadeur F. Staehelin, Directeur de la DDA

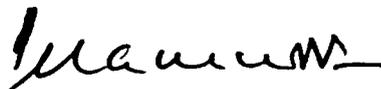
Ces nominations tiennent compte du niveau de représentation des autres pays à ces Institutions.

En outre nous vous proposons de confirmer que M. le Secrétaire d'Etat F. Blankart sera le représentant de la Suisse au Comité de développement.

Il est entendu que les statuts de la Banque autorisent le Gouverneur, en cas d'absence, de nommer un Gouverneur temporaire.

M. l'Ambassadeur N. Imboden, Délégué du Conseil fédéral aux accords commerciaux à l'OFAEE et M. François Rohner, Chef de la Section des affaires multilatérales de la Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire conservent leurs fonctions comme Gouverneur et Gouverneur-suppléant de l'Agence multilatérale de garantie des investissements (MIGA).

DEPARTEMENT FEDERAL DE L'ECONOMIE PUBLIQUE



Annexe:

Projet de décision du Conseil fédéral

Extrait du procès-verbal à:

- Département fédéral de l'économie publique SG (7), OFAEE (15)
- Département fédéral des affaires étrangères (10)
- Département fédéral des finances (5)

Représentation de la Suisse dans les Conseils des Gouverneurs du Groupe de la Banque mondiale

Vu la proposition du DFEP du 27 mai 1992, il est

décidé:

1. Monsieur le Conseiller fédéral Jean-Pascal Delamuraz, Chef du Département de l'Economie publique, est nommé Gouverneur pour la Suisse de la Banque mondiale, de l'Agence internationale de développement (IDA) et de la Société financière internationale (SFI).
2. Monsieur l'Ambassadeur Fritz Staehelin, Directeur de la Coopération au développement et de l'aide humanitaire est nommé Gouverneur-suppléant pour la Suisse de la Banque mondiale, de l'Agence internationale de développement (IDA) et de la Société financière internationale (SFI).
3. Monsieur le Secrétaire d'Etat Franz Blankart, Directeur de l'Office fédéral des affaires économiques extérieures est confirmé comme représentant de la Suisse au Comité de développement du Fonds monétaire international et de la Banque mondiale.

Pour extrait conforme:



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, 5. Juni 1992

An den Bundesrat

Beitritt der Schweiz zu den Institutionen von Bretton Woods

Mitbericht

zum Aussprachepapier des EFD vom 26. Mai 1992
und des EVD vom 27. Mai 1992

1. Wir beantragen, die Beschlussfassung über das Geschäft zu verschieben.

Begründung: Der Unterzeichnete kann an der Bundesratssitzung vom 9. Juni 1992 infolge Teilnahme an der Europäischen Justizministerkonferenz nicht teilnehmen.

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT



SCHWEIZERISCHE BUNDESKANZLEI
 CHANCELLERIE DE LA CONFÉDÉRATION SUISSE
 CANCELLERIA DELLA CONFEDERAZIONE SVIZZERA

Berne, le 25 août 1992

POUR DECISION FORMELLE

A Messieurs les conseillers fédéraux Ogi Koller,
 Cotti, Villiger

B e r n e

Concerne : Fonds monétaire international et Banque mondiale

Selon le mandat que vous leur aviez donné, Monsieur le Président Felber et Messieurs les conseillers fédéraux Stich et Delamuraz se sont réunis pour trouver une solution au problème de l'attribution des sièges de gouverneur et gouverneur alternant à ces deux institutions.

La proposition est la suivante :

	Fonds monétaire	Banque mondiale
Gouverneur	M.Lusser	M. Delamuraz
Gouverneur alternant	M. Stich	M. Felber

Nous vous prions de faire savoir à Monsieur Stich, jusqu'à mercredi 26.8.1992 à 0800 heures au plus tard, si vous avez une objection à cette proposition commune des trois départements intéressés.

Sans communication de votre part dans ce délai, cette proposition sera transmise aux institutions par le département des finances.

La décision formelle sera confirmée lors de notre séance de lundi 31 août prochain.

CHANCELLERIE FEDERALE
 LE CHANCELIER DE LA CONFEDERATION

François Couchepin